

Lehrkräfte sagen: So nicht!

Treffen Mehr als 70 Lehrkräfte aus Grund- und Mittelschulen des ganzen Landkreises geben Landtagsabgeordnetem Georg Winter ihre Sorgen mit

Landkreis Auf Einladung des BLLV-Kreisverbands Dillingen trafen sich mehr als 70 Lehrkräfte an Grund- und Mittelschulen, Fach- und Förderlehrer des Landkreises im Schulandheim Bliensbach, um mit Landtagsabgeordnetem Georg Winter über den Maßnahmenkatalog des Kultusministeriums gegen Lehrermangel zu diskutieren. Auf Anregung der Lehrkräfte der Mittelschule Wertingen hatten sie gemeinsam einen offenen Brief an den Ministerpräsidenten und den Bayerischen Landtag verfasst, der Georg Winter zur Übergabe an die Staatsregierung ausgehändigt wurde.

Es folgte eine äußerst angeregte, zum Teil sehr emotionale Diskussion, die zeigte, dass die Lehrkräfte mittlerweile an ihrer Leistungsgrenze angelangt sind.

Was die Pädagogen laut Pressemitteilung besonders empfindlich trifft, ist nicht das verpflichtende Arbeitszeitkonto, sondern es sind die Einschränkungen bei Teilzeit und Altersruhestand. Vor allem die weiblichen Lehrkräfte leisten oft bewusst weniger Stunden, damit sie den stetig gewachsenen Anforderungen in der Grund- und Mittelschule neben der Familie noch gewachsen sind. Auch die Einschränkungen beim Ruhestand tun den Betroffenen weh: Es gibt Fach- und Förderlehrer, die jetzt trotz 45 Jahren im Staatsdienst nicht in Pension gehen dürfen. Andere hatten den Ruhestand mit 64 bei entsprechenden Abzügen bereits geplant und müssen nun ein ganzes Schuljahr



MdL Georg Winter und BLLV-Kreisverbandsvorsitzende Patricia Laube mit Lehrkräften der Grund-, Mittel- und Förderschulen im Landkreis Dillingen. Foto: Verena Bürkner

länger arbeiten. Nach Meinung der Protestierenden treibe die Staatsregierung mit diesen Maßnahmen viele Kollegen in Krankheit und Dienstunfähigkeit.

Die Kreisverbandsvorsitzende Patricia Laube forderte eine flexiblere Lehrerbildung, mit der der Staat schneller auf den Bedarf an den verschiedenen Schularten reagieren könne. Grundlage dafür sei endlich eine gerechte Bezahlung: „Wir studieren für das Lehramt an Grund-

und Mittelschulen genauso lange wie die Kollegen an den Realschulen, müssen jede Woche etliche Stunden mehr Unterricht halten und bekommen am Ende des Monats weit über 600 Euro brutto weniger Gehalt, die Beförderungsschritte an Realschulen nicht berücksichtigt. Auf ein durchschnittliches Lehrerleben gerechnet, verzichten wir auf ein kleines Einfamilienhaus. Wieso sollte sich da noch ein Abiturient für ein Studium an diesen

Schularten entscheiden? Zudem haben wir an den Grund- und Mittelschulen den höchsten Anteil an Migration, Inklusion und eine ausgesprochen divergente Schülerschaft zu erziehen. So wird es in Zukunft auch nicht mehr Lehrer geben.“ Zudem werde der Beruf des Grund- und Mittelschullehrers in der Gesellschaft nicht ausreichend geschätzt. Winter äußerte großes Verständnis für die Sorgen der Lehrkräfte, gab aber zu bedenken, dass

bei einer Erhöhung der Bezüge auch an die anderen Beamten gedacht werden müsse. Er versprach, die Vorschläge für Entlastungen – Verkürzen der Zeugnisse, Aussetzen der Evaluation, höhere Zuteilung und Bezahlung der Verwaltungsangestellten, Streichung diverser zusätzlicher Projektwochen etc. – an die Kollegen im Landtag weiterzugeben, und ermutigte die Lehrkräfte, weiterhin für ihre Belange zu kämpfen. (pm)